handwerk Schleswig-Holstein e.V. Gablenzstraße 9 24114 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Herrn Ausschussvorsitzender
Thomas Rother
Landeshaus
Postfach 71 21
24171 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/868

Vereinigung der Fachverbände
und Kreishandwerkerschaften
Gablenzstraße 9
24114 Kiel
Fon 0431.98179-0
Fax 0431.98179-22
info@handwerk.sh
www.handwerk.sh

27. Februar 2013

Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden FDP-Antrag Drucksache 18/351

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Rother,
sehr geehrter Herr Schmidt,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 11. Februar 2013 und nehmen die Möglichkeit zur
Stellungnahme zum o. g. Antrag sehr gerne wahr.

Der Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/351 „Finanzhilfen zur Verbesserung der
Verkehrsverhältnisse der Gemeinden“ stellt zunächst fest, dass Landes- und Kreisstraßen zu
einem Großteil stark sanierungsbedürftig seien. Dieser Feststellung können wir uns
uneingeschränkt anschließen. Wir sehen einen erheblichen Sanierungsbedarf sowohl bei
kommunalen Straßen als auch bei Landesstraßen. Gerade das regionale Handwerk ist auf gut
ausgebaute örtliche und überörtliche Straßen angewiesen, da Handwerksbetriebe
überwiegend in einem Radius von bis zu max. 100 Kilometer um ihren Betriebssitz tätig
werden. Sie benutzen also überwiegend Landes- und Kreisstraßen. Streckensperrungen,
Gewichts- und Geschwindigkeitsbeschränkungen führen somit zu Wettbewerbsnachteilen,
insbesondere für Handwerksbetriebe aus der Fläche.

Wir halten daher eine zügige und umfängliche Sanierung der Landes- und Kreisstraßen für
unumgänglich, um insbesondere auch einen weiteren Verzehr von Landes- bzw.
Kommunalvermögen zu verhindern. Mit oberflächlichen Reparaturmaßnahmen ist es nicht
getan, sondern an vielen Stellen bedarf es einer richtigen Sanierung. Grundlegende
Sanierungen tragen auch dazu bei, dass eine erneute „Flickschusterei“ nach der nächsten
Frostperiode nicht mehr erforderlich wird.

Die vorgesehene Veränderung des Verteilungsschlüssels zu Gunsten des öffentlichen Personennahverkehrs halten wir daher für nicht zielführend. Bevor neue Einrichtungen für den ÖPNV gebaut, Anschubfinanzierungen oder zusätzliche Defizitabdeckungen vorgenommen werden, sollte aus unserer Sicht vordringlich zunächst das bestehende Anlagevermögen von Land und Kommunen saniert werden. Die Bereitstellung zusätzlicher GVFG-Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr zu Lasten des Straßenbaus lehnen wir auch deshalb ab, weil das Handwerk auf gut ausgebaute öffentliche Straßen für den Transport von Waren, Maschinen und Mitarbeitern zur Baustelle angewiesen ist. Solche Transporte können über den öffentlichen Personennahverkehr nicht erfolgen, sondern es bedarf der zwangsläufigen Nutzung des Individualverkehrs.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Brockmann
Geschäftsführer